



Bürgerinitiative gegen Fluglärm in Wien West

VEREIN BÜRGERINITIATIVE GEGEN FLUGLÄRM IN WIEN WEST

www.14gegenflieger.at

NEWSLETTER - August 2007

Das Thema dieses Newsletters:

- 1.) Status des EU Verfahrens wegen Verletzung des Gemeinschaftsrechts hinsichtlich des Flughafenausbaus in Wien.**
- 2.) Was Sie tun können.**
- 3.) Kontakte und Adressen.**
- 4.) Wichtige, weiterführende Aussendungen und Presseartikel**

*Mit besten Grüßen
Ing. Johannes Bischof
Obmann*

- 1.) Status des EU Verfahrens wegen Verletzung des Gemeinschaftsrechts hinsichtlich des Flughafenausbaus in Wien.**

In den letzten Newslettern konnten wir Sie über die von uns und weiteren 26 Bürgerinitiativen im Herbst 2006 eingebrachten EU Beschwerde ausführlich informieren. Details dieser Beschwerde entnehmen Sie bitte unserer Homepage. Zwischenzeitlich haben unsere Anwälte zahlreiche Schriftsätze nachgereicht, in denen sie auf einzelne Aspekte noch näher eingehen.

Nach genauer Prüfung der Sachlage ist die EU Kommission im März 2007 an das Österreichische Außenministerium herangetreten. In einem Schreiben an die Republik stellten die EU Behörden überraschend deutlich fest, dass nach dem Gemeinschaftsrecht für die Aus- und Umbauten am Flughafen Wien Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP's) mit umfassender Parteilstellung aller Betroffenen stattfinden hätten müssen. Stattdessen wurde in einer beispiellosen ‚Mauscherei‘ zwischen Politikern, österreichischen Behörden und den Betreibern des Flughafens drauflos gebaut, zum Teil auf der Grundlage von offensichtlichen Gefälligkeitsbescheiden. Das Ergebnis ist eine Verdreifachung der Flugbewegungen – über Wien sogar eine Verfünffachung !!

Das alles müssen wir tagtäglich ertragen.

Zur Zeit kämpft der Flughafen gemeinsam mit den Vertretern der Republik Österreich dafür, dass es nicht zu einer EuGH-Klage gegen die Republik kommt. Diese könnte hohe Zwangsgelder wegen Verletzung des Gemeinschaftsrechtes nach sich ziehen.

Unglaublich mutet es uns an, dass kein einziger österreichischer Entscheidungsträger, weder von der SPÖ noch von der ÖVP für die geplagten Bürger kämpft. Ja, es gab nicht einmal **eine** Kontaktaufnahme. Das Entsetzen darüber, dass sich Bürger wehren können, scheint sie alle zu lähmen.

Was wurde erreicht ? – Es wurde viel erreicht !

- Die Medien-Berichterstattung über die Fluglärm-Problematik ist deutlich breiter und vielfältiger geworden.
- Die Grünen und die FPÖ beginnen, gegen die Situation aufzutreten.
- Die untragbaren Zustände bei der behördlichen Entscheidungsfindung rund um den Ausbau des Flughafens wurden aufgedeckt.
- Ein Umdenken bei den Entscheidungsträgern, die für den Ausbau des Flughafens Wiens verantwortlich sind, hat begonnen.
- Wir gehen außerdem davon aus, dass sich der Flughafen Wien strengen Auflagen für die Betriebsführung und insbesondere den Flugbetrieb unterwerfen muss, wenn die Republik eine sehr kostspielige Klage vor dem EuGH abwenden möchte.
- **Kurz und gut: Der zügellose Ausbau des Flughafens wurde gestoppt !!**
- **Die Mediationslüge wurde entlarvt!!**

2.) Was Sie tun können

- Es hat sich gezeigt, dass der juristische Kampf gegen die Missstände bisher sehr viel in Bewegung gebracht hat. Das kostet Geld ! Dieses Geld bringen zurzeit einige wenige Familien auf.
 - **Sponsoren werden dringend gesucht !!!!!!!**
- Beschweren Sie sich ! Nicht einmal ! Täglich mehrmals !
 - Die billigste Methode sich zu beschweren sind e-Mails. Machen Sie ausführlich Gebrauch davon ! (siehe Adressen weiter unten)
- Senden Sie diesen Newsletter an andere Betroffene weiter.

3.) Kontakte und Adressen für Beschwerden

An:

umwelttelefonie@yourccc.com, info@austrocontrol.at,

Mit Cc (Kopie) an:

c.roehrer@viennaairport.com; b.pongratz@viennaairport.com

Mit Bcc (Blindkopie) an:

h.kaufmann@viennaairport.com; werner.faymann@bmvit.gv.at; christa.kranzl@bmvit.gv.at;

buergermeister@magwien.gv.at; erich.valentin@spw.at; alfred.gusenbauer@spoe.at;

petra.bayr@spw.at; ulli.sima@ggu.magwien.gv.at;

post@wua.magwien.gv.at; spoe@spoe.at; peter.kostelka@volksanw.gv.at;

josef.proell@bmlfuw.gv.at; wolfgang.gerstl@oevp-wien.at; roman.stiftner@oevp-wien.at;

mail@oevpklub.at; toni.mahdalik@fpoe.at;

andi.mailath@gku.magwien.gv.at; grete.laska@gjs.magwien.gv.at; lud@gws.magwien.gv.at;

renate.brauner@wien.gv.at; rudolf.schicker@gsv.magwien.gv.at;

sandra.frauenberger@gif.magwien.gv.at; sonja.wehsely@ggs.magwien.gv.at; johann.herzog@fpoe.at;

katharina.cortolezis-schlager@oevp-wien.at;

norbert.walter@oevp-wien.at; ruediger.maresch@gruene.at;

Zu unserer Information bitte eine Blind Copy (Bcc) an:

office@14gegenflieger.at;

In diesem Blind Copy (Bcc) Verteiler sind außer den relevanten Politikern auch alle Mitglieder des Wiener Stadtsenats und andere interessierte Personen enthalten.

4.) Wichtige, weiterführende Aussendungen und Presseartikel

APA Aussendung der BI gegen Fluglärm Wien West

OTS0078 5 CI 0350 HPR0001 II Mo, 20.Aug 2007

Luftfahrt/Bau/EU/Umwelt/Regierung/Politik/Recht/Rechtsanwälte

Flughafen Wien, EU-Vertragsverletzungsverfahren: Verhandlungen über Nachholen der UVP

Wien (OTS) - Im EU-Verfahren wegen der unterlassenen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die in den letzten Jahren am Flughafen Wien durchgeführten Ausbaumaßnahmen versucht die Kommission nach dem Mahnschreiben vom 21. März 2007 nun gemeinsam mit der Bundesregierung eine Lösung zu finden, die mit den gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften im Einklang steht. Zur Diskussion steht das Nachholen der UVP, um die Rechte der durch den Ausbau beeinträchtigten Bürgerinnen und Bürger wenigstens nachträglich zu wahren. Für die Kommission steht jedenfalls fest, dass Sanierungsbedarf besteht - sollte es zu keiner Einigung kommen, ist mit der Fortsetzung des Vertragsverletzungsverfahrens bis hin zu einer Klage beim Europäischen Gerichtshof zu rechnen.

Bei einem Besuch der Anwälte der Beschwerdeführer, 27 Bürgerinitiativen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, in der zuständigen Abteilung der EG-Kommission informierten sich die Anwälte Heger und Fischer über den Stand des Verfahrens und setzten sich dafür ein, dass die "nachträgliche" UVP, die eigentlich dem Wesen einer UVP völlig widerspricht, nicht nur formal dazu dient, das Beschwerdeverfahren vom Tisch zu bekommen.

Die Anwälte fordern

- die Trennung der Beurteilung der Umweltauswirkungen des bisher stattgefundenen Ausbaus von der Frage der Errichtung einer dritten Piste in der Zukunft;
- die Offenlegung sämtlicher umweltrelevanter Daten aus den Jahren 1998 bis 2006;
- die Einbindung der betroffenen Bürger(innen) in die Beurteilung des Sachverhalts und die Entscheidungsfindung über mögliche Ausgleichsmaßnahmen nach den in der EU-UVP-Richtlinie und im UVP-Gesetz vorgesehenen Verfahrensvorschriften;
- verbindliche Auflagen zur Minderung der vom Flughafen ausgehenden Belastungen als Ergebnis der UVP.

"Eine UVP, die keine Auflagen oder sonstigen Maßnahmen nach sich zieht, die für die betroffene Bevölkerung eine spürbare Erleichterung von den Belastungen des Flughafens bringen, ist völlig sinnlos", so Anwältin Heger. Ihr Kollege Fischer ergänzt dazu: "In einer UVP in den 90-iger Jahren hätten die betroffenen Bürger zu der grundsätzlichen Frage, ob ein Ausbau an diesem Standort überhaupt umweltverträglich ist, Parteistellung gehabt. Jetzt kann es ohnehin nur noch um Auflagen gehen, die die Situation erträglicher machen. Der Flughafen ist jedenfalls gut ausgestiegen."

Rückfragehinweis:

Heger & Partner Rechtsanwälte

Esslinggasse 17/9, A-1010 Wien

T: (+43 1) 595 48 18-0, E: office@hegerpartner.com

„Die Presse“ online vom 21.8.2007

EU-Verfahren: Flughafen-Bauten werden geprüft

21.08.2007 | 18:28 | MICHAEL LOHMEYER (Die Presse)

Klage. SP-Staatssekretärin Kranzl will bisherige Erweiterungen des Airports unter die Lupe nehmen lassen, um Klage abzuwenden.

WIEN. Ein EU-Verfahren gegen Österreich wegen des Flughafens Wien-Schwechat kommt in die entscheidende Runde. Das Verkehrsministerium will sämtliche baulichen Maßnahmen der vergangenen Jahre prüfen lassen, die der Flughafen gesetzt hat. Das ist der Kern eines Vorschlags von SP-Staatssekretärin Christa Kranzl, der nun in Brüssel geprüft wird.

Konkret geht es um eine Beschwerde von Fluglärmgegnern. In deren Fokus steht allerdings nicht der Lärm, sondern die Maßnahmen, mit denen die Kapazitäten des Airports verbessert und de facto erweitert worden sind – ohne dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt worden ist. Diese Maßnahmen – Tower, Air Cargo-Center, Parkplatzflächen und -häuser, Büro- und Konferenzflächen – hätten die Basis für den Boom des Flughafens gelegt und damit auch für den Lärm, so die Argumentation der Fluglärmgegner. Der Flughafen hat heute dreimal so viele Passagiere wie zu Beginn der 1990er Jahre.

Die endgültige Entscheidung, so hieß es am Dienstag in der Kommission, werde allerdings erst im Oktober fallen. Entweder kommt es zu der Klage beim EuGH oder das Verfahren wird eingestellt. Ursprünglich hätte die Kommission den Fall schon Anfang Juli behandeln sollen. Das Thema ist aber kurzfristig von der Tagesordnung genommen worden, nachdem kurz zuvor eine offizielle und ausführliche Stellungnahme der österreichischen Regierung in Brüssel eingelangt war.

Im Gespräch mit der „Presse“ sagt Kranzl zu dem Verfahren in Brüssel: „Wir haben einen Lösungsvorschlag ausgearbeitet. Der wird jetzt von der Kommission geprüft.“ Bisher gebe es keine offizielle Stellungnahme aus Brüssel, „deshalb kann ich noch keine Details dazu öffentlich machen.“

Soviel ist allerdings klar: Kernpunkt des „Kompromissvorschlags“ (Kranzl) ist, dass bei sämtlichen Maßnahmen, die am Flughafen gesetzt worden sind, untersucht wird, ob sie im Einklang mit EU-Recht gewesen sind. Unklar ist jedoch, welche Konsequenzen es haben kann, wenn im Nachhinein rechtliche Lücken festgestellt werden sollten.

Für die geplante dritte Start- und Lande-Piste gilt diese Überprüfung nicht: Der Flughafen Wien hat, wie berichtet, im Frühjahr die Umweltverträglichkeitserklärung abgegeben – und damit den offiziellen Startschuss für das UVP-Verfahren.

Staatssekretärin Kranzl meint weiter, dass die „Vorgangsweise mit dem Bundeskanzleramt abgestimmt“ sei. Sie streicht die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens heraus und lobt dessen Engagement. Mit dem Mediationsverfahren sei eine „Initiative gesetzt worden, die ihresgleichen sucht“. Und: „Ich habe jede Beschwerde von Fluglärmgegnern prüfen lassen“, versichert die Politikerin. In 80 Prozent der Fälle gebe es keinen Verstoß gegen behördliche Auflagen. Andererseits wolle sie die Beschwerden „auch nicht bagatellisieren“, so Kranzl: „Es ist ein sehr sensibler Bereich“; man müsse Beschwerden Raum geben.

Einer im Vorjahr in die Diskussion gebrachte Verlegung des Flughafens erteilt die Staatssekretärin jedoch eine deutliche Abfuhr: „Das ist abseits jeder Realität.“

INFO: Klage bei EU

Fluglärm-Gegner haben eine Beschwerde bei der EU eingebracht. Kern des Vorwurfs: Die Kapazität des **Wiener Airports** wurde erweitert, ohne dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Das verstoße gegen EU-Recht, so der Vorwurf. Die **Kommission** in Brüssel entscheidet im Oktober formell, ob Österreich angeklagt wird. Bis dahin wird verhandelt.

(*„Die Presse“*, Print-Ausgabe, 22.08.2007)

Originallink:

http://www.diepresse.com/home/panorama/oesterreich/324716/index.do?_vl_backlink=/home/panorama/index.do

Trotz Sanierung und drohender Auflagen:

„Der Flughafen Wien ist gut ausgestiegen“

Das Damoklesschwert einer Klage beim Europäischen Gerichtshof hängt noch immer über der Republik Österreich: Sollte es zu keiner Einigung zwischen dem Flughafen Wien und der EU-Kommission wegen der fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ausbau kommen, gibt es ein Verfahren wegen Vertragsverletzung.

Die „Krone“ berichtete: Am 21. März dieses Jahres flatterte Außenministerin Ursula Plassnik ein Schreiben der EU-Kommission ins

VON ERICH VORRATH

Büro. 27 Bürgerinitiativen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland hatten sich beschwert, dass der Flughafen Schwechat großzügig ausbaut, aber eine Umweltverträglichkeitsprüfung umgangen hat.

Die EU-Kommission stellte sich auf die Seite der Beschwerdeführer – und verlangte eine Lösung, die mit

den EU-Vorschriften in Einklang steht. Das bedeutet in der Praxis: Es wird Sanierungsmaßnahmen geben müssen, Auflagen für den Flughafen werden kommen – geschehen ist bisher allerdings noch nichts.

Die Wiener Rechtsanwälte Susanne Heger und Martin Fischer, die die Bürgerinitiativen vertreten: „Der Flughafen ist auf jeden Fall gut ausgestiegen, denn in den neunziger Jahren hätten die betroffenen Bürger bei der grundsätzlichen Frage, ob ein Ausbau an diesem Standort überhaupt umweltverträglich ist, Parteienstellung gehabt.“

Hinweis und Impressum

Anfordern dieses Newsletters über: office@14gegenflieger.at

Sollten Sie die Zusendung des Newsletters nicht wünschen, so benachrichtigen Sie uns bitte per Retourmail office@14gegenflieger.at.

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger und Verantwortlicher für den Inhalt:

Verein Bürgerinitiative gegen Fluglärm in Wien West (ZVR 767318746)

www.14gegenflieger.at